

- Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, verehrte Kollegen, liebe Gäste,
- In Aalen brennt der Baum, wie er auch im Kreis und im ganzen Land brennt.
- Ende ´25 soll der Schuldenstand der Stadt Aalen bei 79,5 Millionen liegen, was eine pro Kopf Verschuldung von 1.161€ bedeutet.
- Bis Ende ´28 soll er gar auf 159,2 Millionen anwachsen.
- Das bedeutet dann eine pro Kopf Verschuldung von 2.325€.
- Eine Verdopplung innerhalb von nur 3 Jahren!!!
- Nur Mal zur Erinnerung. 2022 betrug die pro Kopf Verschuldung noch 392 €.
- Eine Haushaltsrede zu halten, mit ein paar Anträgen für höhere Ausgaben hier und Forderungen nach diesem oder jenem Projekt da
und sich am Ende im üblichen „Klein-Klein“ verlieren, wie das hier nur allzu oft gerne betrieben wird,
- Diese Zeiten sind vorbei, liebe Kollegen.
- Es kann für uns deshalb nur eine Prämisse geben.
- Die heißt Sparen in allen Bereichen des Haushalts, auch beim Stellenplan und dabei all die Ursachen für die aktuelle Misere klar benennen.
- Der Rotstift ist daher bei all unseren Anträgen der stetige Begleiter.

- Dabei klammern wir die Förderung der Vereine in der Stadt allerdings explizit aus.
- Die Sporttreibenden wie auch alle anderen Vereine sind das Rückgrat unserer Gesellschaft.
- Sie leisten einen eminent wichtigen Beitrag zum Gemeinwesen in der Stadt, weshalb wir hier erst ganz am Ende rangehen sollten.
- Hier muss unserer Ansicht nach, mit dem nötigen Augenmaß, weiter gefördert werden.
- Dasselbe gilt auch für die Kitas und schulischen Einrichtungen.
- Für den Erhalt der Infrastruktur in der Stadt müssen ebenfalls finanzielle Mittel bereitstehen.
- Wichtige Projekte, etwa Ausbesserungen von Straßen, oder Sanierungsarbeiten an öffentlichen Gebäuden, müssen daher weiter betrieben werden.
- Projekte mit rein ideologischem Ursprung allerdings sollten niemals umgesetzt werden.
- Als Beispiel nenne ich hier den geplanten Rückbau der Stuttgarter Straße.
- Dieser sollte nicht nur verschoben, sondern ganz gestrichen werden.
- Hierzu haben wir auch einen Antrag eingereicht.
- Neue Projekte indes gilt es künftig strengstens zu vermeiden.

- Wir haben im hier vorgelegten Haushalt daher auch sehr viele Projekte und Investitionen gefunden,
- Dasselbe gilt auch für den Stellenplan, wo man unserer Ansicht nach in Summe Millionenbeträge und einige Stellen streichen könnte.
- Ich trage in meiner Rede nun nicht all unsere Anträge im Einzelnen vor. Es sind insgesamt 29 Stück!
- Sie wurden von uns im Paket eingereicht und jede Fraktion und Gruppierung, als auch die Stadtverwaltung, hat sie von uns bereits via Mail erhalten.
- In der aktuellen Lage ist es unserer Meinung nach wichtig hier das große Ganze, damit auch die Bundespolitik anzusprechen und die gemachten Fehler der Vergangenheit klar zu benennen.
- Denn die sog. „große Politik“ hat schließlich gewaltige Auswirkungen auf unsere Stadt und damit eben auch auf deren finanzielle Situation.
- Selbstverständlich gilt es auch festzuhalten, dass die Stadtverwaltung nicht die alleinige Schuld an der aktuellen Misere trägt,

auch wenn sie in den vergangenen Jahren mit den vorhandenen finanziellen Mitteln sorgsamer hätte umgehen müssen.

- Viele Faktoren spielen schlussendlich eine Rolle, welche alle zusammen dafür sorgen, dass über Aalen vermehrt der Pleitegeier schwebt.

- Zum einen, dass auch der Landkreis bankrott ist und sich somit die Kreisumlage ins Astronomische erhöht, was schlussendlich einen Gesamtaufwand von um die 50 Millionen Euro bedeutet.
- Zum anderen, dass das Land wie auch der Bund, finanziell aus dem letzten Loch pfeifen und auf dem Zahnfleisch daherkommen.
- Einige Fördermittel, mit denen sie hier rechnen, werden womöglich gar nicht fließen, oder nicht in dem erhofften Ausmaß.
- Dann sieht die ganze Angelegenheit gleich noch viel düsterer aus.
- Der Großteil von Ihnen, liebe Kollegen, als auch zwei der drei Aalener Bürgermeister, ist allerdings Mitglied in Parteien,
- welche in den vergangenen 15 Jahren im Land wie im Bund in irgendeiner Konstellation an einer Regierung beteiligt waren, oder eigentlich ständig sind.
- Im Kern tragen sie also all die Maßnahmen mit, welche zur Verschlechterung der Gesamtlage in diesem Land und damit eben auch der Stadt Aalen beigetragen haben.
- Doch wer trägt eigentlich zu großen Teilen die Verantwortung an der aktuellen Lage in Deutschland?
- Unserer Meinung nach ist hier ganz klar eine Partei zu benennen!
- An dieser Stelle könnte man nun erwarten, dass wir womöglich mit den Grünen hart ins Gericht gehen.

- Schließlich werden sie von uns mitunter oftmals als die treibende Kraft für all die Dinge verantwortlich gemacht, welche wir ablehnen.
- Das ist zwar korrekt, aber mit dieser Vermutung liegen sie leider falsch.
- Die gefährlichste Partei für unser Land sind nicht die Grünen.
- Es ist die CDU!
- Jedes einschneidende Ereignis der vergangenen 15 Jahre, welches die Gesamtlage in unserem Land nachhaltig verschlechtert hat,
- wurde unter einer von der CDU geführten Regierung, darunter viele Jahre mit Beteiligung der SPD, eingebracht.
- Es begann mit der sog. „Euro-Rettung“ und den Milliarden Hilfen für Griechenland.
- Weiter ging es mit dem völlig irrsinnigen Atomausstieg,
- wo man nun womöglich eine Rolle rückwärts hinlegen möchte.
- Ab 2015 folgte die unkontrollierte Masseneinwanderung.
- Ebenfalls ein Kind der Merkel-CDU.
- Menschenverachtende „Corona-Maßnahmen, Maskendeals, ja sogar die verbockte Pkw-Maut.
- Ist die CDU/CSU mit der SPD an der Macht werden wahrlich Milliarden versenkt und diesem Land wird nachhaltig geschadet.

- Warum diese Partei daher aktuell bei um die 30% im Bund steht, lässt sich unserer Meinung nach nur mit dem „Stockholmsyndrom“ erklären.
- Irgendwann haben sich Teile der in finanzielle Geiselhaft genommenen Bürgerschaft derart mit ihrer scheinbar aussichtslosen Lage arrangiert, dass sie Zuneigung für ihre Peiniger empfinden und damit die Hoffnung verbinden, dass sie es so finanziell hoffentlich irgendwie überleben werden.
- Das sehen wir als Kernproblem an.
- Dass eine Partei, welche alle Verschlechterungen der letzten Jahrzehnte eingeleitet hat, bei vielen nun wieder als Retter empfunden wird.
- Damit genug der „großen Politik“. Nun richten wir unser Augenmerk wieder auf Aalen.
- In Aalen scheint die sog. „Klimaneutralität“, am besten bis 2035, ein religiöses Dogma zu sein, welches die gesamte Bürgerschaft 3 Milliarden Euro plus ein großes X kosten soll.
- Dass am Ende, wenn Dunkelflaute ist, wie wir sie erst kürzlich wieder hatten, der Strom durch Braunkohlekraftwerke oder teuren Zukauf von Atomstrom aus dem Ausland erzeugt wie beschafft werden muss, das ist dabei egal.
- Auch das der Bürger wie die Industrie in diesem Land unter wahnwitzigen Energiepreisen zu leiden hat, klammert man gerne aus.
- Zu oft habe ich hier Reden gehört, dass die Industrie sog. „Öko-Strom“ möchte und wir diesen liefern müssen.

- Alles nichts als Unfug!
- Was die Industrie möchte, in Aalen wie überall sonst auch, ist eine verlässliche wie günstige Energieversorgung.
- Jedes einzelne Unternehmen, darunter zuletzt auch der „Öko-Vorzeigekonzern“ Zeiss hat den Stellenabbau wie die Abwanderung des Unternehmens mit zu hohen Energiepreisen begründet.
- Ein weltweit nahezu einzigartiger Irrweg, welcher vom Bürger immer mehr mit schierem Unverständnis abgestraft wird.
- Wir halten eine Unabhängigkeit von Wind und Wetter durch Kernenergie für erstrebenswert.
- Wir erachten es als patriotisch, wenn wir unseren Bürgern wie unserer Industrie verlässlich günstige Energie liefern können.
- Das stärkt unsere Unternehmen im internationalen Wettbewerb, schafft Arbeitsplätze und somit Wohlstand für die Bürgerschaft.
- Doch in der Stadtverwaltung wie in weiten Teilen des Gemeinderats glaubt man wohl mit dieser Politik ein Vorbild für die ganze Welt sein zu müssen.
- Dieses Ziel erreichen sie auch, aber leider nicht so, wie sie sich das wohl wünschen.
- Die Welt nimmt sich ein Beispiel an Aalen und ganz Deutschland, wie man es besser nicht macht, wenn man nicht seine eigene Stadt wie ein ganzes Land völlig an die Wand fahren möchte.

- Teure wie völlig sinnfreie sog. Klimaprojekte in der Stadt, sind deshalb ersatzlos zu streichen.
- Das gesamte Projekt „Aalen Klimaneutral 2035“ ist zu streichen.
- Keine müde Mark sollte hierfür mehr investiert werden.
- Dasselbe gilt für die Erweiterung der Radwege in der Stadt. Jedes Jahr verpflichtend 2,5 Mio. Euro für neue Radwege, völlig egal ob dafür Geld da ist, oder nicht, erachten wir als einen Frevel am hart erwirtschafteten Steuergeld unserer Bürger.
- Auch was das Thema Migration wie die Unterbringung von sog. „Flüchtlingen“ in Aalen betrifft, sehen wir großen Handlungsbedarf.
- Selbstverständlich ist es so, dass es gewisse gesetzliche Vorgaben gibt, welche die Stadt Aalen zu erfüllen hat.
- Das bedeutet aber nicht, dass all das auch widerspruchslös und im vorausseilenden Gehorsam getan werden muss.
- Schaut man sich die aktuellen Belegungszahlen nämlich an, dann ist sofort zu erkennen,
- dass momentan nur ungefähr die Hälfte aller Plätze belegt sind und somit auch nicht jede Einrichtung benötigt wird.
- Die Begründung der Stadt hier immer weitere Objekte zu suchen und quasi auf Vorrat Plätze freizuhalten wird mit dem Wegfallen des sog. „LEA-Privilegs“ ab Ende 2025 begründet.
- Wir allerdings sehen diese Vorratshaltung an Plätzen als fatales Signal an.

- Es sagt aus: „Seht her, wir haben noch freie Kapazitäten. Schickt sie doch einfach alle zu uns.“
- Genau das lehnen wir ab!
- Stattdessen fordern wir ein Signal des Widerstandes, dass es so nicht mehr weitergehen darf.
- Die Gesellschaft hat schlicht fertig, was diese Thematik betrifft.
- Sie kann nicht mehr und sie will auch nicht mehr.
- Glaubt man an dieser Stelle nun den vielfach geäußerten Aussagen von CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz, dann muss die Gesellschaft, nach dessen wahrscheinlichen Wahlsieg, ja auch gar nicht mehr.
- Hoffen wir mal, dass ein zukünftiger Kanzler Merz seine Versprechen hält.
- Wir sind sehr gespannt und helfen dabei gerne mit!
- Am Ende kann unsere Vorgehensweise zu einem ordentlichen Umgang mit vom Bürger hart erwirtschafteten Steuermitteln auf diese groben Punkte zusammengefasst werden:
- Keine Finanzierung teurer wie sinnfreier Projekte zur angeblichen Rettung des Klimas!
- Dazu zählen u.a. keine weitere Förderung von Balkon PV-Anlagen und auch kein weiterer Bau von Freiflächen PV-Anlagen in der Stadt.

- Ebenso auch keinerlei Beteiligungen an irgendwelchen Ausbauplänen von Windkraftanlagen im gesamten Stadtgebiet und in diesem Zug auch keine weiteren Ausweisungen von Flächen.
- Keine Finanzierung zur Verdrängung des motorisierten Individualverkehrs in der Stadt.
- Dazu zählt u.a. der geplante Rückbau der Stuttgarter Straße wie die jährlich fest verankerten 2,5 Millionen Euro zum Ausbau von Radwegen.
- Kein weiterer Ausbau von Plätzen zur Unterbringung von sog. „Flüchtlingen“ in der Stadt, sondern ein Rückbau der bestehenden Anlagen.
- Was den Stellenplan betrifft, so sehen wir auch hier ein immenses Potential an Einsparungen, ohne jedes Mal direkt Kündigungen aussprechen zu müssen.
- Hierzu einige Beispiele:
- Die neu bewilligte Stelle des sog. „Klimaanpassungsmanagers wird nicht benötigt.
- Auch dann nicht, wenn sie mit 78% durch das Land gefördert wird, was wiederum auch Steuergelder sind.
- Allgemein können unserer Meinung nach alle rein „klimaideologischen Stellen“ im Amt für Grünflächen und Klimaschutz gestrichen werden.
- Selbst das Wort Klimaschutz kann aus der Bezeichnung des Amtes gestrichen werden.
- Dasselbe gilt für das Amt für Integration und Versorgung.

- Auch hier ist alles auf das absolut gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß zu streichen.
- Migration, also dauerhafte Einwanderung, ist mit unserem Asylsystem nicht zu betreiben.
- Dafür ist es nicht gedacht.
- Auch das Theater der Stadt Aalen können wir uns bei der über die kommenden Jahre vorherrschenden Haushaltslage nicht mehr leisten.
- Es muss auf absehbare Zeit geschlossen werden!
- Ein jährlich steigendes Defizit von aktuell zwei Millionen Euro ist ein Luxus, der eingespart werden muss.
- Das am Ende jede verkaufte Eintrittskarte von der Stadt mit um die 82 Euro aus Steuermitteln finanziert wird,
- um damit einem sehr kleinen, elitären, Zirkel einen schönen Abend zu ermöglichen, erachten wir als blanken Hohn gegenüber dem Steuerzahler.
- Und zu guter Letzt sprechen wir uns auch ganz klar gegen einen weiteren Ausbau von irgendwelchen geplanten Mountainbike-Trails oder Parks jedweder Art aus.
- Die Trails, welche letzten Samstag legalisiert wurden, reichen völlig aus.
- In diesem Zuge sind im Übrigen auch die zwei Stellen der sog. Mountainbike-Beauftragten zu streichen, welche sich die Stadt gönnt.
- Nachdem es solche Abteilungen nun in verschiedenen Vereinen in der Stadt gibt, sind diese Stellen für uns obsolet geworden.

- Zum Schluss meiner Rede verweise ich nochmals auf unsere eingebrachten Anträge, mit welchen sich nach unseren Berechnungen einige Stellen und locker um die zehn Millionen Euro im städtischen Haushalt für das Jahr 2025 einsparen ließen.
- Das wäre dann fast die Summe, damit Aalen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen könnte.
- Die angesprochenen Stelleneinsparungen, vor allem im Bereich „Klimaschutz“, sorgen mit dafür, dass keine neuen Stellen geschaffen werden müssen.
- Dadurch sparen wir uns weitere Kosten und die Belastungen der Mitarbeiter gehen trotzdem zurück.
- Wer vorher das „Klima retten“ musste, kann nun vielleicht im Bürgeramt zum Wohle aller Aalener tätig werden.
- Ganz nebenbei müssten die Mitarbeiter mit unseren Einsparungen auch nicht auf ihre bezahlte 15-minütige Frühstückspause verzichten.
- Uns liegt das Wohlergehen unserer hart arbeitenden Bürgerschaft am Herzen.
- Wir sagen ideologischem Irrsinn und dem Verpulvern von Steuermitteln den Kampf an.
- Dafür setzen wir uns mit voller Kraft und Tag für Tag in Aalen ein.
- Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 27 / 29**

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Freiwillige Leistungen der Stadt Aalen in den Bereichen Asyl, Migration und Integration ersatzlos streichen

Der Oberbürgermeister möge berichten:

1. Welche freiwilligen Leistungen und Maßnahmen in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration seitens der Stadt Aalen erbracht oder finanziell unterstützt werden. Die jeweiligen Leistungen und Maßnahmen sind möglichst detailliert und zusammen mit den jeweiligen Kosten aufzuführen. Als freiwillige Leistungen sind alle Leistungen anzusehen, für welche es keine gesetzliche Verpflichtung gibt, z.B. Bereitstellung von kostenlosem WLAN in den Asylunterkünften der Stadt oder die Beschäftigung von Reinigungskräften in den Asylunterkünften der Stadt.

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

2. Alle freiwilligen Leistungen der Stadt Aalen in den Bereichen bzw. im direkten Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt ersatzlos gestrichen.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Die millionenfache Migration der vergangenen Jahre hat unserem Land irreparable Schäden zugefügt und kostet darüber hinaus den Steuerzahler jedes Jahr eine Milliardensumme. Jedwede freiwillige Leistung der Stadt Aalen in den Bereichen bzw. im Zusammenhang mit Asyl, Migration und Integration sind nicht vermittelbar und daher unverzüglich ersatzlos zu streichen. Zudem dürfen seitens der Stadt Aalen durch freiwillige Zusatzleistungen auch keine "Pull"-Faktoren begünstigt werden, welche die dringend notwendige Umkehr der Massenzuwanderung erschweren.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 29 / 29**

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Streichung der Stellen “Beauftragter für eine klimaneutrale Kommunalverwaltung” und des “Klimaanpassungsmanager”

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stelle des “Beauftragten für eine klimaneutrale Kommunaverwaltung” wird unverzüglich ersatzlos gestrichen.
2. Die Stelle des “Klimaanpassungsmanager” wird unverzüglich ersatzlos gestrichen.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Ein nennenswerter Einfluss von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der „UN-Weltklimarat“ IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: „In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, dass es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich.“ Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Die Stadt Aalen wird nicht das Klima retten. Klimaschutz ist ein politischer Kampfbegriff, das Klima lässt sich nicht schützen oder retten. Dementsprechend darf hart erarbeitetes Steuergeld nicht sinnfrei verschwendet werden.

Es ist auch unerheblich, ob es sich – wie hier – um geförderte Stellen handelt. Ein Bullshit-Job bleibt ein Bullshit-Job und Steuergeld bleibt Steuergeld.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Stadtgartenerweiterung Ost

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für die Stadtgartenerweiterung Ost im Haushaltsplanentwurf 2025 vorgesehenen 100.000 Euro für Baumaßnahmen ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Diese Maßnahme wird als nicht notwendig erachtete Ausgabe angesehen. Der Stadtgarten hat bisher seine Aufgabe im aktuellen Ausmaß befindlichen Zustand sehr gut erfüllt.

Naherholungsuchende Stadtbewohner finden dort bereits jetzt die notwendigen Grünflächen und ruhigen Ecken zum Verweilen.

Auch ein Spielplatz für Kinder und ein Wasserspiel sind vorhanden.

Eine mögliche Erweiterung wird daher aktuell als finanziell nicht darstellbar und auch nicht dringend benötigt empfunden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Budget für Städtepartnerschaften

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Das für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehene Budget für Städtepartnerschaften von 99.800 Euro ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Städtepartnerschaften sind grundsätzlich eine lobenswerte Sache, welche es zu pflegen wie zu hegen gilt. In finanziell angespannten Situationen ist eine Ausgabe von 99.800 Euro allerdings zu hinterfragen bzw. einzustellen.

Die AfD-Fraktion ist sich sicher, dass es die gelebte Städtepartnerschaft zu allen Partnerstädten aushält, wenn ein Jahr lang auf Ausgaben für Reisen, Einladungen, o.ä. verzichtet wird, wenn dies mit der aktuell schwierigen Haushaltslage begründet wird.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Ausgaben für Chancengleichheit und Integrationsförderung

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 im Teilhaushalt 1 angesetzten 90.400 Euro für Chancengleichheit sind auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß zu senken.
2. Die für das Haushaltsjahr 2025 im Teilhaushalt 1 angesetzten 77.300 Euro zur Integrationsförderung sind auf das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß zu senken.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Frauen und Männer sind in Deutschland gleichberechtigt. Auch vor diesem Hintergrund ist eine Sonderberatung für Frauen nicht mehr zeitgemäß und diskriminierend. Darüber hinaus bestehen auf Bundes- und Landesebene bereits eine Vielzahl an Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Ein zusätzliches Angebot der Stadt Aalen ist auch insbesondere aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht länger tragbar.

Ferner gilt das Eigenverantwortungsprinzip im Bereich der Integration. Wer integrationswillig wie auch arbeitswillig ist, der sorgt selbst für seine eigene Integration in unsere Gesellschaft, erlernt die Sprache mitunter am Arbeitsplatz und ist dabei nicht auf staatliche Institutionen angewiesen.



**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 3 / 29**

AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Zudem gilt, dass Asylbewerber nicht integriert werden müssen, da sie Deutschland wieder verlassen, sobald der Asylgrund erloschen ist, oder eine Ablehnung des Asylantrages erfolgt.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Unterhaltung von Gemeindestraßen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass der Planansatz zur Unterhaltung von Gemeindestraßen für das Haushaltsjahr 2025 von 870.600 Euro auf 1.000.000 Euro erhöht wird.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Viele Gemeindestraßen im Aalener Stadtgebiet bedürfen einer dringenden Sanierung, da hier schon zu viele Jahre von der Substanz gelebt und im Schnitt zu wenig investiert worden ist.

Marode Gemeindestraßen sorgen zudem für Mehrausgaben in der Aalener Bürgerschaft, da deswegen Verschleißteile verschiedenster Fortbewegungsmittel einer viel stärkeren Belastung ausgesetzt sind und somit früher ausgetauscht werden müssen.

Gute Gemeindestraßen gehören mit zur Daseinsfürsorge einer Stadt.

Die hier eingeplanten finanziellen Mittel auf insgesamt eine Million Euro zu erhöhen, ist natürlich nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein und reicht nicht aus.

Wir erachten es dennoch als notwendig, um einen größeren Handlungsspielraum zu generieren, sollten bisher noch unbekannt dringend erforderliche Maßnahmen eintreten.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Unterhaltungsaufwand Straßen und Wege.

Unterhaltungsaufwand Verkehrsüberwachungsanlagen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Den für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Unterhaltungsaufwand für Straßen und Wege von aktuell 50.000 Euro auf dann 80.000 Euro zu erhöhen.
2. Den für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Unterhaltungsaufwand für Verkehrsüberwachungs- und Regelungsanlagen von aktuell 35.000 Euro auf dann 20.000 Euro zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hägele und Fraktion AfD

Begründung:

Der Unterhalt der Straßen und Wege im Stadtgebiet ist eine niemals endende Aufgabe und sollte mit ausreichend finanziellen Mitteln sichergestellt werden. Je besser die Straßen und Wege gewartet sind, desto länger dienen sie dem Bürger und müssen nicht teuer saniert werden. Den Unterhaltungswand bei Verkehrsüberwachungs- und Regelungsanlagen gilt es jedoch auf das absolut Notwendige zu reduzieren. Mit den Verkehrsüberwachungsanlagen soll kein finanzieller Profit gemacht, sondern lediglich die Sicherheit im Straßenverkehr gewährleistet werden. Das Budget ist so beispielsweise für Lichtsignalanlagen und nicht für sog. „Blitzer“ zu verwenden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Naturschutz und Landschaftspflege

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehene Gesamtbudget der Produktgruppe 5540-00 Naturschutz und Landschaftspflege in Höhe von 423.500 Euro um 173.500 Euro auf nunmehr 250.000 Euro zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Natur- und Landschaftsschutz haben ihre sinnhafte Berechtigung im geplanten Haushalt für 2025. Jedoch gilt auch hier die Prämisse, dass sich Einsparungen aufgrund der desolaten Haushaltslage nicht vermeiden lassen.

Wir gehen davon aus, dass die Natur rund um Aalen ein Jahr lang auch mit weniger finanziellen Mitteln fachgerecht gepflegt wie erhalten werden kann. Routinemäßig anfallende Aufgaben wie beispielsweise Mäharbeiten oder Heckschnitte sind selbstverständlich im gewohnten Umfang weiter durchzuführen. Prinzipiell vertreten wir die Ansicht, dass in diesem Bereich weniger manchmal mehr sein kann.

Will heißen, dass der Naturschutz nicht aus rein ideologischen Gesichtspunkten betrieben werden, sondern man sich am finanziell Machbaren, wie für die Gesellschaft verträglichen, orientieren sollte.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Integration und Zuwanderung

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 im Teilhaushalt 6 vorgesehenen 84.100 Euro für Integration und Zuwanderung um 49.100 Euro auf nunmehr 35.000 Euro zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die AfD-Fraktion steht für eine geordnete Zuwanderung, welche in Maßen und nicht in Massen erfolgt. Sie muss dem deutschen Staat nützen und ihn nicht in den gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Abgrund reißen.

Dabei ist es selbstverständlich, dass die Stadt Aalen gewisse gesetzliche Vorgaben zu erfüllen hat. Es sollte nach Ansicht der AfD-Fraktion jedoch nicht das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß übersteigen. Wir sind uns sicher, dass diese Aufgaben auch mit einem niedrigeren Budget zu leisten sind.

An sich erachten wir den Staat und damit auch die Stadt Aalen, ohnehin nicht in einer Art „Bringschuld“. Diese ist vielmehr von den Zuwanderern zu erbringen, wenn diese sich friedlich und produktiv in die deutsche Lebens- wie Arbeitswelt assimilieren wollen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Umweltschutzmaßnahmen einschließlich Lokale Agenda und Klimaschutzmanagement

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Gesamtmittel für die Produktgruppen 5610-00 wie 5610-99 in Höhe von 601.900 Euro um 330.300 Euro auf nunmehr 271.600 Euro zu reduzieren.
2. Die Ausgaben für die Lokale Agenda in Höhe von 46.300 Euro, wie die Ausgaben für das Klimaschutzmanagement in Höhe von 196.600 Euro dabei komplett zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Wir erachten jedwede Ausgaben für sog. Klimaschutzmaßnahmen der Stadt Aalen als finanziellen Unsinn an. Das Klima lässt sich nicht schützen. Erst recht nicht durch irgendwelche teuren, rein ideologisch motivierten, Projekte in Aalen.

Uns liegen das Gesamtwohl und damit auch das finanzielle Wohl, unserer Bürger sehr am Herzen. Sie gilt es vor geplanten Steuererhöhungen und unserer Meinung nach völlig sinnfreien städtischen Ausgaben zu schützen.



**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 8 / 29**

AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Die hier aufgelisteten Ausgaben des Grünflächen- und Umweltamtes sind unserer Ansicht nach ein Paradebeispiel für Steuerverschwendung.

Die AfD-Fraktion hat sich zum Ziel gesetzt eben diese Ausgaben klar zu benennen wie zu unterbinden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Theater der Stadt Aalen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Das Theater der Stadt Aalen soll ab der Spielzeit 2025/2026 abgewickelt und ersatzlos gestrichen werden.
2. Die bis zur endgültigen Schließung des Theaters der Stadt Aalen am 30.06.2025 anfallenden Zuschüsse sind zu evaluieren und auf das absolute Minimum, im Rahmen der Abwicklung notwendigen Kosten, zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Das Theater der Stadt Aalen war lange Zeit das kleinste von einer Kommune betriebene ständige Theater. Dieser Umstand war vertretbar, so lange die Stadt Aalen nicht jährlich zweistellige Millionenbeträge an Krediten aufnehmen musste, um überhaupt weiterhin Liquidität zu generieren.

Für uns stellt das Theater der Stadt Aalen ein absolutes Luxusgut dar, welches sich die Stadt Aalen nicht weiter leisten kann und auch nicht weiter leisten darf.

Dies besonders vor dem Hintergrund, dass jede Eintrittskarte von Steuermitteln und damit der Allgemeinheit, mit 81,59€ bezuschusst wird.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Das heißt, dass auch Geringverdiener und ärmere Bevölkerungsschichten, welche sich einen Theaterbesuch nicht leisten können, die Theaterbesuche einer kleinen elitären Minderheit mitfinanzieren müssen. Wir erachten diesen Umstand als längst nicht mehr tragbar!

Andere Städte, mit vergleichbarer Größe und Struktur der Stadt Aalen, stellen für uns auch keinen kulturlosen Raum dar, nur weil sie über kein eigenes Theater verfügen.

Einen stetig steigenden jährlichen Zuschuss von aktuell 1,99 Millionen Euro erachten wir als ein gewaltiges Einsparpotential für die kommenden Jahre.

Kulturveranstaltungen finden auch ohne das Theater weiterhin in Aalen statt und es spricht nichts dagegen, sich, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die ein oder andere kulturelle Veranstaltung in die Stadt zu holen, um den Wegfall des Theaters der Stadt Aalen zu kompensieren.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Förderung des Internationalen Festes 2025 und Zuschüsse VHS Aalen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Mittel für die Ausrichtung des Internationalen Festes in Höhe von 107.300 Euro sind um 47.300 Euro auf nunmehr 60.000 Euro zu reduzieren.
2. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen Zuschüsse an die VHS Aalen von aktuell 497.000 Euro sind auf 400.000 Euro zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die Stadt Aalen verfügt mit den jährlich im September stattfindenden Reichsstädter Tagen bereits über ein sehr gut angenommenes Stadtfest, für welches sie jedes Jahr mehrere hunderttausend Euro an Zuschüssen gewährt.

Ferner findet im gesamten Aalener Stadtgebiet noch das Frühlingsfest und in den einzelnen Teilorten jeweils eigene Feste statt. Beispielhaft gilt es hier die Wasseralfinger Tage (Wasseralfingen) und die Bärenstage (Unterkochen) zu nennen. Es kann der Stadt also nicht nachgesagt werden, dass sie nicht zu feiern weiß. Auch das Internationale Fest kann selbstverständlich weiterhin in Aalen betrieben und von der Stadt Aalen in kleinerem Umfang gefördert werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Doch auch bei derartig gelagerten Veranstaltungen gilt es den finanziellen Gürtel künftig enger zu schnallen und mehr auf Eigenleistung der Vereine wie Institutionen zu setzen.

Dies mitunter auch deshalb, da die Stadt Aalen mit aktuell jährlich stattfindenden Mountainbike Weltcups, oder gar Weltmeisterschaften, ein zusätzliches Feld an Veranstaltungen geschaffen hat.

Zählt man noch den Reichsstädter Advent dazu, ebenfalls eine zuschussbedürftige Veranstaltung, dann erachten wir Einsparungen als unumgänglich.

Was den Zuschuss für die VHS betrifft, so sehen wir selbstverständlich, dass dort gute Arbeit geleistet wird.

Allerdings schwebt über allem aktuell die Prämisse einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erarbeiten. Eine humane Reduzierung des Budgets für die VHS erachten wir daher ebenfalls als vertretbar.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Fördermittel für den Stadtjugendring

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Mittel für den Stadtjugendring in Höhe von 20.000 Euro sind auf ein ähnliches Niveau des Jahres 2023 und somit auf 4.500 Euro zu senken.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Der Stadtjugendring und dessen Mitarbeiter wie Helfer ist nicht politisch neutral.

Dass dies der Fall ist, das erkennt man leicht an den abgehaltenen Veranstaltungen wie Programmpunkten und Veröffentlichungen.

Hier ist eine klare linksgrüne Ideologie zu erkennen, welche auch aktiv nach außen hin vertreten wird.

Jugendarbeit ist zwar richtig und wichtig, politische Indoktrination allerdings nicht.

Aus diesem Grund und dem des allgemeinen Sparzwanges, erachten wir eine Reduzierung der finanziellen Mittel auf das Niveau von 2023 als sinnvoll.

Sollten die Verantwortlichen des Stadtjugendrings zukünftig eine politische Neutralität erkennen lassen, dann kann über eine Erhöhung des finanziellen Rahmens durchaus wieder diskutiert werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Umbau/Erweiterung zur Erreichung der Klimaziele

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Mittel (ohne Einzahlungen aus Investitionszuwendungen) in Höhe von 831.000 Euro zur Erreichung der sog. „Klimaziele“ sind ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Das Ziel der Stadt Aalen im Jahr 2035 klimaneutral zu werden ist das mit Abstand teuerste, sinnloseste und unrealistischste Projekt in der langen Geschichte Aalens.

Nicht nur, dass es die Allgemeinheit schätzungsweise bis zu 3 Milliarden Euro, wohl eher mehr, bis 2035 kosten wird, sondern auch der Hintergrund, dass dieses Unterfangen niemals erreicht werden kann, macht es zum Streichungspunkt Nummer 1 auf unserer Liste.

Selbst im eigens von der Stadt Aalen in Arbeit gegebenen Energieleitplan steht drin, dass dieses Ziel unerreichbar bleiben wird.

Aalen wird die Welt nicht ändern. Aalen wird auch kein positives Vorbild sein. Es ist völlig egal was die Stadt Aalen betreibt, die einzige Veränderung, welche sie erreichen wird, ist, dass der Bürger immer ärmer und stärker gegängelt wird.

Das sog. Klima kann nicht gerettet und es kann auch kein Klimawandel durch Aalen, oder irgendjemand anderem, erreicht werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Was erreicht werden muss ist, dass der Bürger vor dieser gefährlichen Ideologie der Stadtverwaltung und großen Teilen des Gemeinderats geschützt wird.

Dieses Paradebeispiel an ideologischer Verblendung trägt die AfD-Fraktion niemals mit.

Wir wollen, dass unsere Finanzen in Ordnung kommen, unsere Industrie in Aalen floriert und dass Steuererhöhungen vermieden werden können.

Die Einsparung dieser Mittel erachten wir als einen sehr guten Weg dahingehend unser Ziel zu erreichen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Um- und Neubau von Geh- und Radwegen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Mittel (ohne Einzahlungen aus Investitionszuwendungen) in Höhe von 500.000 Euro zum Um- und Neubau von Geh- und Radwegen sind ersatzlos zu streichen.
2. Den vom Gemeinderat gefassten Beschluss, jährlich fest eingeplante Millionenbeträge (aktuell 2,5 Mio. Euro) für die Erschließung neuer Radwege zu verwenden, gilt es an dieser Stelle zurückzunehmen und zukünftig finanzielle Mittel nach Haushaltslage bereitzustellen.

19.Dezember 2024

Lachnit, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung:

Der Um- und Neubau von Gehwegen ist eine vernünftige Sache. Auch Radwege können, sofern finanzielle Mittel vorhanden sind und sie die Flächen für den motorisierten Individualverkehr (MIV) nicht reduzieren, gerne in vernünftigem Ausmaß angegangen werden.

Einen ideologisch und nicht nach finanziellen Gesichtspunkten gefassten Beschluss, jährliche Millionenbeträge für den Ausbau von Radwegen bereitzustellen, erachten wir als falsch. Diesen gilt es zu korrigieren und künftig finanzielle Mittel nur noch nach Haushaltslage und Sinnhaftigkeit des Projektes auszuschütten. Aktuell erscheint uns dies nicht möglich.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Umgestaltung der Stuttgarter Straße

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für das Haushaltsjahr 2025 vorgesehenen finanziellen Mittel in Höhe von 562.500 Euro sowie die für das Haushaltsjahr 2026 vorgesehenen Mittel (ohne Einzahlungen aus Investitionszuwendungen) in Höhe von 2,06 Mio. Euro für den geplanten Umbau der Stuttgarter Straße und damit das gesamte Projekt, sind ersatzlos zu streichen.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die Stuttgarter Straße insgesamt und somit auch zwischen der Kreuzung Stuttgarter Straße/Friedrichstraße/Julius-Bausch-Straße erfüllt aktuell ihren Zweck. Sie ist womöglich nicht hübsch anzuschauen, doch das ist nur von zweitrangigem Belang.

Mit dem Gaulbad wird zudem aktuell bereits ein Stück der Stadt verschönert.

Auch wenn es finanzielle Fördermittel gab, sofern in diesem Zuge auch die Stuttgarter Straße umgestaltet wird, welche es womöglich zurückzuzahlen gilt, glauben wir, dass sich mit dem Stopp des Bauvorhabens Stuttgarter Straße dennoch hohe Beträge einsparen ließen.

Denn auch dieses Projekt ist rein ideologischer Natur. In den dazugehörigen Beratungen fiel öfters der Begriff des „Wohlfühlens“, wie er allgemein bei vielen städtischen Bauvorhaben fällt.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Wir allerdings finden, dass sich der Aalener Bürger dadurch „wohl fühlt“, dass er auf einer breiten, möglichst staufreien, Straße schnell an sein Ziel gelangt.

Besonders „wohl fühlen“, wird sich der Bürger auch, wenn ihm deswegen keine Erhöhung der Grundsteuer, der Hundesteuer und der Gewerbesteuer drohen.

Sollten nach ein paar Jahren der Konsolidierung wieder finanzielle Mittel frei werden, dann steht unserer Ansicht nach einem dem motorisierten Individualverkehr zuträglichen Umbau der Stuttgarter Straße nichts im Wege.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Naturnaher Stadtraum, Wohnumfeldgestaltung, Klimaschutz

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für die Haushaltsjahre 2025 bis 2028 insgesamt vorgesehenen finanziellen Mittel in Höhe von 1,03 Mio. Euro und all die damit verbundenen Projekte (z.B. Baumpflanzungsprogramm inkl. Tiny-Forest- Flächen, etc.), sind ersatzlos zu streichen.

19.Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Es spricht nichts dagegen die Stadt zu begrünen, um damit lebenswerten Raum zu schaffen. Doch all diese Maßnahmen schießen unserer Ansicht nach weit über das Ziel hinaus.

Sie haben mit der Einbeziehung des gesunden Menschenverstandes bei der Verwendung von Steuermitteln, welche von der Aalener Bürgerschaft, oder bei beantragten Fördermitteln vom Steuerzahler an sich, hart erarbeitet worden sind, nur noch sehr wenig zu tun.

Die führenden Amtsträger der Stadt Aalen sind unserer Meinung einer völlig fehlgeleiteten wie hysterischen sog. „Klimaideologie“ verfallen, welcher absolut alles untergeordnet wird.

Für uns stellt das schon wahnhaftes wie religiöse Züge dar. Wir können und werden dem nicht folgen. Vielmehr werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um dem Ausmaß des sinnfreien wie irrwitzigen Verschleudern von Steuermitteln einen Riegel vorzuschieben.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Städtische Förderung von Balkon PV-Anlagen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die jährlich im Haushaltsplan festgeschriebenen 75.000 Euro für die Förderung zur Errichtung von sog. Balkon PV-Anlagen sind ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung:

Balkon PV-Anlagen befinden sich in einem erschwinglichen Preissegment. Sie beginnen bei um die 400 bis 500 Euro.

Jeder Haus- oder Wohnungsbesitzer, bzw. Mieter, welcher sich eine derartige Anlage anschaffen möchte, kann das daher mit großer Wahrscheinlichkeit auch ohne die ihm aktuell durch die Stadt Aalen in Aussicht gestellte maximale Fördersumme in Höhe von 75 Euro tun.

Ferner sehen wir eine sehr geringe Sinnhaftigkeit, sich derartige Anlagen überhaupt anzuschaffen, da es Bereiche im Stadtgebiet gibt, in welchem der Netzausbau nur sehr schleppend vorangeht. Zudem erscheint es uns sehr unwahrscheinlich, dass sich an diesem Zustand in den kommenden Jahren wenig verändern wird.

Hierzu reicht ein Blick auf die aktuelle finanzielle Lage der Stadtwerke Aalen, welche die grob geschätzten ca. 400 Mio. Euro, die für einen umfassenden Netzausbau im gesamten Stadtgebiet benötigt würden, wohl kaum stemmen können.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Hinzu kommt, dass sich die Anschaffung einer solchen Balkon PV-Anlage für den einzelnen Nutzer nach kurzer Zeit, sofern er, denn in das Netz einspeisen kann, auch ohne die maximal 75 Euro an Fördergelder schnell rentiert, es am Ende des Tages aber den Gesamtstrompreis des Landes stark verteuert.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Städtische Mountainbike Manager

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die von der Stadtverwaltung vor einigen Jahren geschaffenen zwei Stellen auf Minijobbasis (520 €-Job) der sog. „Mountainbike Manager“ sind ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die vor einigen Jahren auf Minijobbasis geschaffenen zwei Stellen der sog. „Mountainbike Manager“ wurden mit der Begründung eingeführt, dass der Mountainbikesport in Aalen zum damaligen Zeitpunkt keinerlei gefestigte Strukturen aufweise, sprich es in keinem Aalener Sportverein eine entsprechende Abteilung geben würde.

Mittlerweile wurden in zwei Aalener Sportvereinen derartig gelagerte Abteilungen geschaffen.

Bisher illegal befahrene Mountainbike Trails wurden nun teilweise im Stadtgebiet zum legalen Befahren freigegeben.

Wir sehen deshalb die Mountainbike Szene in Aalen für die Zukunft gut aufgestellt und gerüstet.

Unserer Meinung nach werden daher die zwei Stellen der Mountainbike Manager nicht mehr benötigt und können deshalb eingespart werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Ferner hegen wir den leisen Verdacht, dass mit der Besetzung der Stellen der Mountainbike Manager verstecktes Sponsoring mittels städtischer Steuergelder betrieben werden könnte.

Auch sehen wir dadurch den Mountainbikesport gegenüber allen anderen Sportarten als bevorzugt an, da alle anderen Sportarten ebenfalls Vereinsstrukturen aufweisen, wie der Mountainbikesport auch, diese Sportarten aber nicht jeweils noch einen von der Stadt bezahlten „Manager“ zugewiesen bekommen.

Schon allein im Sinne der Gleichbehandlung sollten diese zwei Stellen gestrichen werden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Errichtung eines fußballgerechten städtischen Kunstrasenspielfeldes auf dem „Bürgle“ in Aalen-Wasseralfingen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass die Stadt Aalen auf dem bisherigen Rasenplatz des SV Wasseralfingen (zukünftig DJK-SV) auf dem sog „Bürgle“ einen fußballgerechten städtischen Kunstrasenplatz errichtet, welcher allen Aalener Vereinen zur Nutzung zur Verfügung steht.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Wasseralfingen ist der mit Abstand größte Aalener Stadtteil. Er verfügt über starke Sportvereine, welche ihrer gesellschaftlichen Aufgabe mehr als gerecht werden.

Vor 15 Jahren wurde den Wasseralfinger Sportvereinen ein Fußball-Kunstrasenplatz zugesagt. Bis zum heutigen Tag ist daraus nichts geworden und es blieb bei leeren Versprechungen.

Besagter Fußball-Kunstrasenplatz würde fast 500 (!!!) fußballspielenden Personen zur Ausübung ihres Sportes dienen.

Zusätzlich würden mit dem Bau weitere Flächen frei werden, welche andere Aalener Vereine ebenfalls nutzen könnten.

Dadurch würde sich der momentan vorherrschende Platzmangel deutlich verbessern.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Normalerweise ist es so, dass die Vereine ihre Sportstätten selbst finanzieren und die Stadt Aalen eine bis zu 50%ige Förderung in Aussicht stellt.

Das ist allerdings für den neu fusionierten Verein DJK-SV Wasseralfingen finanziell nicht zu stemmen, da er größere Verpflichtungen (Sanierung Vereinsheim) zu erledigen hat.

Dass nun die Stadt einen städtischen Kunstrasenplatz mittels eigener städtischer Gelder und womöglich mit finanzieller Unterstützung durch Fördergelder vom Bund realisiert, würde für den konkreten Fall jedoch kein Alleinstellungsmerkmal darstellen.

In den Aalener Stadtteilen Unterkochen, Hofherrnweiler, Ebnat und Waldhausen wurden die Kunstrasenspielfelder ebenfalls durch die Stadt, unter Mithilfe durch Fördermittel vom Bund, errichtet.

Unserer Ansicht nach haben es die sporttreibenden Wasseralfinger Vereine, nach 15 Jahren der Wartezeit mehr als verdient, ihren eigenen städtischen Kunstrasenplatz zu erhalten.

Wir beantragen daher, dass sich die Stadtverwaltung schnellstmöglich mit den Verantwortlichen der betroffenen Wasseralfinger Sportvereine trifft und ein Konzept erarbeitet, wie sich der fußballgerechte Kunstrasenplatz durch die Stadt, unter finanzieller Mithilfe durch Fördergelder vom Bund, realisieren lässt.

Auch in Zeiten knapper werdender Kassen, sollte die Förderung der Vereine in der Stadt Aalen nicht vernachlässigt werden.

Die Vereine bieten einem breiten Spektrum aller gesellschaftlicher Schichten eine Heimat und tragen somit einen erheblichen Teil dazu bei, dass das städtische Miteinander gelingen kann.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Ersatzlose Streichung der geplanten sog. „Rombachbrücke“ auf Höhe des Festplatzes in Unterrombach/Hofherrnweiler

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die für ca. 660.000 € geplante Brücke, welche den Fuß- und Radweg entlang des Rombachs, bzw. der Westumgehung, mit dem Festplatz in Unterrombach/Hofherrnweiler verbinden soll, ist ersatzlos zu streichen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die geplante Brücke wird aus Sicht der AfD-Fraktion nicht unbedingt benötigt, sondern stellt lediglich ein Bauwerk dar, über welches sich in finanziell besseren Zeiten diskutieren ließe.

An sich ist die Verbindung jedoch mit zwei in unmittelbarer Nähe befindlichen Querungen bereits jetzt vorhanden. Die geplante Brücke wäre lediglich als ein zusätzliches Bauwerk, welches die bereits gute Anbindung nur marginal verbessern würde, anzusehen.

Auch wenn sich Fördergelder für den geplanten Brückenbau akquirieren ließen, so müsste die Stadt voraussichtlich in Vorleistung gehen, was wohl nur mit weiteren Schulden zu bewerkstelligen wäre.

Ob und wann besagte Fördermittel überhaupt und falls ja, in welcher Höhe fließen, das ist nicht absehbar. Zudem handelt es sich auch bei diesen finanziellen Mitteln um Steuergelder, welche unserer Ansicht nach eingespart werden könnten.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Ersatzlose Streichung aller öffentlicher wie nichtöffentlicher sog. „Klimabeiräte“, des AK-Radverkehrs und des Integrationsbeirates

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Sämtliche sog. „Klimabeiräte“, öffentlicher als auch nichtöffentlicher Natur, sind unverzüglich einzustellen, wie ersatzlos zu streichen.
2. Ebenfalls ersatzlos zu streichen sind der Arbeitskreis (AK) Radverkehr, als auch der Integrationsausschuss.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Ein altes deutsches Sprichwort besagt folgendes:

„Und wenn ich mal nicht weiterweiß, dann gründ ich einen Arbeitskreis“.

Nach Ansicht der AfD-Fraktion unterhält die Aalener Stadtverwaltung zu viele Beiräte und Ausschüsse, welche für eine ordentliche wie effiziente Verwaltung einer Stadt nicht benötigt werden. Es kann und muss weder das „Klima“ gerettet, noch muss darüber in unzähligen Sitzungen debattiert werden. Dies hat lediglich einen zeitlichen Mehraufwand für ehrenamtlich tätige Stadträte zu Folge, als auch einen Mehraufwand an Zeit und Personal auf Ebene der Stadtverwaltung.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Im Sinne des Abbaus von Bürokratie, als auch was die finanziellen wie stellentechnischen Ressourcen der Stadtverwaltung betrifft, immerhin wird den Stadträten für die Teilnahme an den einzelnen Sitzungen eine Aufwandsentschädigung ausbezahlt, wie Mitarbeiter für die anfallenden Arbeiten abgestellt, ist künftig auf die o.g. Beiräte wie Ausschüsse zu verzichten.

Wer einen Integrationsausschuss und dessen angebliche Verbesserungsvorschläge braucht, um sich in unsere Gesellschaft zu integrieren, der hat nach Ansicht der AfD-Fraktion bereits etwas Grundlegendes falsch verstanden.

Ähnliches gilt für den AK Radverkehr, in dessen Sitzungen von Mitgliedern offen gesagt wird, dass es das Ziel ist, den motorisierten Individualverkehr weiter einzuschränken und das Fahrrad auf besondere Weise hervorzuheben.

Ein derartiges Vorgehen lehnen wir entschieden ab, da es für uns ideologische, womöglich fast religiöse, Züge einer Verherrlichung des Radverkehrs darstellt.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Sofortiger Austritt aus der Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung zu beauftragen, unverzüglich aus der Initiative „**Lebenswerte Städte und Gemeinden**“ auszutreten und damit einhergehend auch sämtliche Bestrebungen zu unterlassen deren Forderungen umzusetzen.

19. Dezember 2024

Lachnit und Fraktion AfD

Begründung:

Die Initiative „*Lebenswerte Städte und Gemeinden*“ verfolgt nach der Auffassung der AfD-Fraktion einzig und allein das Ziel den motorisierten Individualverkehr (MIV) auszubremsen, wie aus den Innenstädten zu verbannen.

Auf der Homepage der besagten Initiative ist klar ersichtlich zu lesen, dass das stets angepriesene „Allheilmittel“ eine Ausweitung von sog. „Tempo 30 Zonen“ ist.

Um hierfür eine Begründung liefern zu können, wird stets eine angebliche Lärmbelastung wie der Schutz der Anwohner vor dieser angeführt.

Für die AfD-Fraktion allerdings stellt besagte Initiative nichts anderes als ein linksgrünes Instrument zur Verbannung des motorisierten Verkehrs aus den Städten dar.

Sie ist ein rein ideologisches Konstrukt, dessen Regularien wie Forderungen sich die Stadt Aalen nicht unterworfen sollte.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

In diesem Zuge gilt es ebenfalls zu berücksichtigen, dass Tempo 30 gegenüber Tempo 50 erwiesenermaßen den Kraftstoffverbrauch und damit auch die Schadstoffe erheblich erhöhen.

Ferner werden zusätzliche Behinderungen des Verkehrs die sterbenden Innenstädte weiter gefährden.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Keine zusätzliche Anschaffung eines sog. „Blaubusses“

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass die Anschaffung des sog. „Blaubusses“ zu unterlassen ist.

19. Dezember 2024

Lachnit, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung:

Der bestehende Blauwagen ist eine gute wie preiswerte Einrichtung und per Zugfahrzeug transportabel. Ein Bus dagegen müsste selbst als geschlepptes Gefährt noch lenk- und möglichst auch bremsbar sein, da sonst für die Verlagerung ganz erhebliche Kosten anfallen.

Ein Gelenkbus für 1000 € kann kein fahrbarer Bus sein. Besagten Gelenkbus fahrbar zu machen, zu reparieren und zu unterhalten, dürfte ständige wie steigende Kosten bedingen. Das passt nicht zu unserer aktuellen finanziellen Situation.

Zudem benötigt die Stadt Aalen nach Ansicht der AfD-Fraktion nicht unbedingt zwei solcher Einrichtungen.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Keine pauschale LED-Umrüstung funktionierender Straßenbeleuchtung im gesamten Stadtgebiet

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass aktuell noch gut funktionierende Straßenbeleuchtungen nicht pauschal auf LED umgerüstet, sondern lediglich jeweils verschlissene konventionelle Leuchtkörper gegen LED-Leuchten ausgetauscht werden.

19. Dezember 2024

Lachnit, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung:

Laut Haushaltsrede des Oberbürgermeisters, kostet eine pauschale Umrüstung ca. 6 Millionen Euro, spart aber bis 2029 lediglich 1,3 Millionen an Kosten ein.

Das belegt nach Auffassung der AfD-Fraktion die Unrentabilität eines kompletten Austauschs und spricht für o. g. Vorgehen mit einem Einsparpotential in Millionenhöhe im genannten Planungszeitraum.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Keine weitere Errichtung von Solaranlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude sowie kein weiterer Bau von Freiflächen PV-Anlagen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Dass die Stadtverwaltung in den kommenden Jahren keine weiteren PV-Anlagen auf Dächern öffentlicher Gebäude errichten wird.
2. Dass die Stadtverwaltung keine weiteren Freiflächen PV-Anlagen im gesamten Stadtgebiet genehmigen wie errichten wird.

19.Dezember 2024

Lachnit, Dr. Gläser und Fraktion AfD

Begründung:

Solaranlagen, noch dazu mit Batteriespeicher, rentieren sich erst nach Jahren. Das heißt, dass sie zunächst einmal die finanzielle Situation per Investition und Unterhalt verschlechtern und deshalb in Zeiten des massiven Mangels nicht gebaut werden sollten.

Hinzu kommt eine erhebliche Zukunftsunsicherheit: Wind- und Sonnenanlagen rentieren sich nur durch massive Subventionen, von der Installation bis zur festen Einspeisevergütung. In Deutschland entwickelt sich durch diese Förderungen gerade eine massive Überkapazität bei Solaranlagen mit einer Peak Leistung von mehreren 100GW.



**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 24 / 29**

AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Unser Maximalverbrauch liegt bei 80GW. Dieser Überschuss ist nicht mehr kompensierbar und gefährdet die Netzstabilität. Das wird zu Einspeiserestriktionen mit massiven Folgen führen.

Bei Interesse bieten wir gern weitere Details und Fakten zu diesem Thema an.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 25 / 29

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Anpassung des Stellenplans und Personalkostenreduzierung

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird damit beauftragt, im Zeitraum 2025/ 2026 die Personalkosten um mind. 1 Million Euro zu reduzieren.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hegel, Hägele und Fraktion AfD

Begründung:

Die Stadtverwaltung soll insbesondere geförderte Stellen, Stellen von Beauftragten innerhalb der Stadtverwaltung und Stellen im Freiwilligkeitsbereich näher beleuchten. Hierbei sollen Stellen identifiziert werden, welche künftig eingespart werden können, um Einsparungen von mind. 1 Millionen Euro zu erzielen. Wenn möglich soll das Ziel über die natürliche Fluktuation und ohne die Notwendigkeit von betriebsbedingten Kündigungen erreicht werden.

Aufgrund der desolaten Haushaltslage der Stadt Aalen sind Einsparungen, auch beim Personal, dringend geboten. Auch für die kommenden Jahre müssen bereits jetzt die nötigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Die jährliche Schaffung weiterer Stellen bzw. die stetig ansteigenden Personalkosten sind finanziell, insbesondere langfristig betrachtet, nicht tragbar.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

Haushalt der Stadt Aalen Nr. 26 / 29

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Digitalisierung an Bildungseinrichtungen mit Augenmaß umsetzen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Verwendung digitaler Endgeräte und Medien in der frühkindlichen Bildung sowie deren Nutzung als Lehr-Lern-Werkzeug im Primarbereich und im Sekundarbereich bis zum Ende der Jahrgangsstufe 6 wird ausdrücklich untersagt.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Die zunehmende Nutzung von digitalen Endgeräten in Bildungseinrichtungen hat einen negativen Einfluss auf die Entwicklung der motorischen und geistigen Fähigkeiten von Kindern. Sie führt zu Störungen der Konzentration und Sprache sowie zu Hyperaktivität. Zudem stört sie die motorische Entwicklung und fördert den Bewegungsmangel. Kurzum: Eine zu frühe Digitalisierung schadet den Kindern, zumal Medienkompetenz nach derzeitigem wissenschaftlichem Stand erst ab dem 13. Lebensjahr ernsthaft entwickelt werden kann.

Für die AfD-Fraktion ist es elementar, dass die Kinder vor allem richtig Lesen, Schreiben und Rechnen lernen. Dafür bedarf es nicht die Nutzung digitaler Medien. Diese stellen eher eine Ablenkung dar. Insbesondere die Grundschulen sollen an bewährten didaktisch-methodischen Konzepten zum Erlernen der Grundlagen festhalten.



AfD-Gemeinderatsfraktion Aalen

**Haushalt der Stadt Aalen
Nr. 28 / 29**

Antrag

der AfD-Fraktion im Aalener Gemeinderat

Schulsozialarbeit in der Stadt Aalen neu evaluieren und an die tatsächliche Notwendigkeit anpassen

Der Aalener Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Schulsozialarbeit ist kein Mittel, um jegliche soziale Missstände zu beheben. Stattdessen wird sie als punktuell wirksame Unterstützung für unsere Bildungseinrichtungen verstanden und eingesetzt. Die Leistungen der Schulsozialarbeit in der Stadt Aalen werden anhand des Bedarfs, d.h. der tatsächlich vorhandenen Probleme angeboten.
2. Die Stadtverwaltung wird ersucht, zu prüfen, welche Schulen in der Stadt Aalen der Schulsozialarbeit bedürfen bzw. an welchen Schulen diese eingestellt und somit Finanzmittel eingespart werden können. Die Ergebnisse müssen anhand einer qualitativen Prüfung mittels messbarer Indikatoren, wie zum Beispiel der Schulabbrecherquote oder dem Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund, ermittelt worden sein und dem Gemeinderat vorgelegt werden.

19.Dezember 2024

Lachnit, Hegel und Fraktion AfD

Begründung:

Die AfD-Fraktion versteht die Sozialarbeit nicht als „Wundermittel“, um jegliche soziale Missstände zu beheben. Stattdessen soll sie allerhöchstens als Unterstützung für soziale Brennpunkte eingesetzt werden.

Insbesondere das Argument der immer heterogener werdenden Klassenzusammensetzung und den damit entstehenden Problemen, welche die Schulsozialarbeit notwendig machen soll, stellt sich in der Realität als reine Symptombekämpfung dar.

Besonders die Masseneinwanderung und der damit verbundene praktizierte Unterricht mit Schülern auf unterschiedlichen Niveaustufen und unterschiedlichen kulturellen Prägungen erzeugt soziale Probleme, welche die Schulsozialarbeit allerhöchstens kaschieren, jedoch nicht beheben kann.

Mit ideologisch linker Politik wurde ein sich selbst nährendes System geschaffen, welches u.a. in der Schulsozialarbeit seinen Ausdruck findet. Die Schulsozialarbeiter, welche sich aus dem links-liberalen Milieu rekrutieren, dessen falsche Politik erst zu den Missständen und Problemen an den Schulen führte, sollen nun die selbst geschaffenen Probleme mit der Schulsozialarbeit beheben. Der fehlende Wille, diese sozialen Probleme ernsthaft zu lösen liegt auf der Hand, da der eigene Berufsverlust die direkte Folge wäre.